

Projektabschlussbericht

TP 4: „BürgerService“

Datum: 29.03.17

Projektorganisation

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
2016/10-4	BürgerService

Auftraggeber(in)	Projektverantwortliche(r)	Projektleiter(in)
Senator Mäurer	Staatsrat Ehmke	Frau Schuh

Projektstatus

Zutreffenden Status bitte mit dem Buchstaben „N“ bestätigen und in das vordere Feld eingeben.

	kritisch
--	----------

(z. B. Verzögerungen, Fristüberschreitungen, Gefährdung von Projektzielen, Hemmnisse, Klärungsbedarf mit Auftraggeber...)

	planmäßig
---	-----------

Abschlussbericht

Projektziel Beschreibung des Soll-Zustandes	Die Aufgaben der bisherigen Abteilung 4 (BürgerServiceCenter) sind in einem neugegründeten Bürgeramt zusammengefasst. Über die Ansiedlung der Aufgaben des bisherigen Referats 52 ist entschieden und das Referat ist organisatorisch angebunden.
Projektauftrag Was soll getan werden?	<ul style="list-style-type: none">• Erfassung der Aufgaben der bisherigen BürgerServiceCenter unter Ausweisung der Aufgaben anderer Fachbereiche (Fahrerlaubnisse, Kfz-Zulassungen, elektronischer Aufenthaltstitel...) des Stadtmtes• Erstellung des zukünftigen Aufgabenkataloges• Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Bürgeramt (Aufbau- und Ablauforganisation, Öffnungszeiten, etc.)• Klärung über die zukünftige organisatorische Anbindung des Referats 52 und des Aufgabenzuschnitts (Verlagerung oder Nichtverlagerung der Aufgabe Namensrecht)• Schaffung aller rechtlichen Voraussetzungen zur Neugründung des Bürgeramtes• Klärung aller organisatorischen, haushaltsrechtlichen, personellen und sonstigen Voraussetzungen• Umsetzung der Aufgabenverlagerung und Versetzung der Mitarbeiter_innen

Teilprojektorganisation

Zur Klärung und Vorbereitung der Projektaufgaben wurden unter der Projektleitung der Abteilungsleitung BürgerServiceCenter / Frau Schuh unterschiedliche Teilprojektgruppen eingerichtet:

Projektaufgabe: zukünftige Aufgaben in den BSC

Projektmitglieder: Referatsleiter des BSC Mitte Herr Arndt und Referatsleiter des BSC Nord Herr Maciejek und Herr Brettner

Im Ergebnis bestand aus Sicht der Teilprojektgruppe Konsens darüber, dass die bisherigen Aufgaben (Anlage 1) überwiegend beibehalten werden sollten. Mittelfristig ist allerdings über die künftige Erledigung der Kfz-zulassungsrechtlichen Aufgaben im Bereich des BSC Nord zu entscheiden. Zu diesem Thema wurden weitere Besprechungstermine mit der Projektleitung 3, Frau Schwier, durchgeführt. Ein zwischen den Abteilungen BürgerService und Verkehr abgestimmtes Aufgabenkonzept (Anlage 1) ist der Projektgruppe zugeleitet worden.

Am 30.11.2016 wurde eine erweiterte Dienstbesprechung durchgeführt, an der die örtlichen Mitbestimmungsgremien, Vertreter des GPR und des SI sowie alle Mitarbeiter_innen der BSC und Vertreterinnen des Referats 52 teilgenommen haben.

Bezogen auf die Aufgabe Fischereiangelegenheiten wurden Gespräche mit der Projektleitung 6 (Frau Wessel-Niepel) geführt. Es bestand Konsens, dass die Aufgabe in den BSC verbleibt. Bezogen auf die Aufgaben elektronischer Aufenthaltstitel (eAT) Adressänderung und Einladung

ausländischer Besucher wurden Gespräche mit Frau Scharrelmann (Projektleitung 5) geführt. Es bestand Konsens darüber, dass die Aufgabe in den BSC verbleibt.

Die Aufgaben der BürgerServiceCenter wurden in einen Geschäftsverteilungsplan (GVP) übernommen. 17

Projektaufgabe: Verlagerung oder Nichtverlagerung der Aufgabe Namensrecht

Projektmitglieder: stellvertretender Referatsleiter 52, Herr Weinert, Abteilungsleiterin 2 der senatorischen Innenbehörde, Frau Pape-Post, Referentin Frau Xyländer (SI-21)

Bezogen auf die Aufgabe öffentlich-rechtliche Namensangelegenheiten wurden zunächst Sondierungsgespräche mit den Projektmitgliedern geführt. Zur Diskussion stand eine Aufgabenverlagerung entweder ins Referat der Standesämter oder ins Referat Meldeangelegenheiten. Die Entscheidung fiel zugunsten des Referats Meldeangelegenheiten aus. Da das Migrationsamt bereits zum 01.01.2017 die Aufgabe öffentlich-rechtliche Namensangelegenheiten abgegeben hat, wurde diese Aufgabe übergangsweise in die Abteilung 4 BürgerService verlagert.

Projektaufgabe: zukünftige organisatorische Anbindung des Referats 52

Projektmitglieder: stellvertretender Referatsleiter 52, Herr Weinert, Abteilungsleiterin 2 der senatorischen Innenbehörde, Frau Pape-Post

Zur Diskussion stand eine Anbindung des Referats an die Innenbehörde oder im Bürgeramt. Von daher gab es Gespräche mit den Projektteilnehmern, sowie Mitarbeiterbesprechungen, an denen jeweils nur Frau Pape-Post oder die Abteilungsleiterin BürgerService teilgenommen hat. Entschieden wurde, dass das Referat Meldeangelegenheiten als eigenständiges Referat ins Bürgeramt integriert wird. Noch nicht abgeschlossen sind Überlegungen hinsichtlich einer Teilaufgabenverlagerung in eine Stabsstelle. Weitere Überlegungen werden in der Linienorganisation bearbeitet.

Der Auftrag, ein Gesamtkonzept für das Bürgeramt hinsichtlich des Aufbaus- und der Ablauforganisation, sowie der Öffnungszeiten, zu erstellen, minimierte sich durch die Entscheidung die bisherigen Aufgaben und bisherigen Öffnungszeiten beizubehalten, beträchtlich. Erstellt wurde ein GVP für die Abteilungen Bürgeramt und Verkehr. Weitere Veränderungen werden in der Linienorganisation bearbeitet.

Die durch den SI vorbereiteten Deputations- und Senatsvorlagen wurden einschließlich der für die Gründung des Bürgeramtes erforderlichen Rechtsänderungen am 10. Januar 2017 bzw. am 31. Januar 2017 beschlossen.

Diese Teilprojektergebnisse wurden in einer Auftaktveranstaltung am 26.01.2017 vorgestellt. Daran teilgenommen haben Vertreter des GPR, des Finanzressorts, der Innenbehörde, die Projektleitung 3, das Projektbüro sowie die Referatsleitungen der Abteilung BürgerService. (Nachrichtlich: Die Vertreterin der Senatskanzlei war kurzfristig verhindert.)

Am 17. Januar 2017 wurde die Änderung der Bekanntmachungen in fahrerlaubnis-, straßenverkehrszulassungs- und wahlrechtlichen Angelegenheiten im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen mit in Kraft treten zum 01.03.2017 veröffentlicht. Das Gesetz zur Änderung der Zuständigkeiten in melde-, personalausweis- und passrechtlichen sowie bekanntmachungsrechtlichen Angelegenheiten wurde am 2. Februar 2017, die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der zu Beglaubigungen befugten Behörden und der

zuständigen Behörden nach dem Fahrpersonalgesetz am 17. Januar 2017 und die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden im Namensänderungsrecht am 24. Februar 2017 jeweils mit Wirkung zum 1. März 2017 im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen verkündet.

Alle rechtlichen Voraussetzungen zur Neugründung des Bürgeramtes wurden vollständig geschaffen.

Alle notwendigen organisatorischen, haushaltsrechtlichen, personellen und sonstigen Voraussetzungen wurden geklärt. Die weitere Bearbeitung erfolgt in der Linienorganisation.

Am 17.02.2017 erfolgte die Mitbestimmung des GPR zur Versetzung aller Mitarbeiter_innen der Abteilung BürgerService und des Referats Meldeangelegenheiten vom Stadtamt in das Bürgeramt sowie die Neuzuweisung der Nachwuchskräfte der Abteilung zum Bürgeramt.

Am 01.03.2017 nahm das Bürgeramt ordnungsgemäß den Dienstbetrieb auf.

Ergebnis

Auftrag und Ziel des Teilprojekts wurden zeitgerecht zum 01.03.2017 umgesetzt. Das Teilprojekt ist damit erfolgreich abgeschlossen.

Beteiligung und Abstimmung

Der Abschlussbericht ist mit den Mitgliedern des Teilprojekts abgestimmt.

09.03.17
gez. P. Schuh